Die Wahrung des Friedensgebots im Atomzeitalter

Bekräftigung der Verantwortung angesichts zunehmender nuklearer Rhetorik

Universal Peace Federation

Anlässlich des 50. Tages der 100-Tage-Kampagne für den Frieden der Universal Peace Federation, die zum Internationalen Tag des Friedens der Vereinten Nationen am 21. September führt, weisen wir dringend auf die eskalierenden nuklearen Bedrohungen hin. Wie UN-Generalsekretär António Guterres warnte: "Die Menschheit steht auf Messers Schneide … die nukleare Erpressung ist zurückgekehrt" und bringt uns einer humanitären Katastrophe näher [1]. Inspiriert von den Mitbegründern der UPF, Dr. Hak Ja Han und dem verstorbenen Rev. Sun Myung Moon, setzen wir uns für Frieden durch Dialog, gegenseitigen Respekt und die Vision einer vereinten Menschheitsfamilie unter Gott ein.

Die Kubakrise von 1962, die durch Gespräche zwischen Präsident Kennedy und Premierminister Chruschtschow gelöst wurde, einschließlich gegenseitiger Zugeständnisse – die Entfernung sowjetischer Raketen aus Kuba im Austausch für den Abbau von US-Raketen in der Türkei –, ist ein wichtiges Beispiel für diplomatischen Mut [2]. Ein solcher Dialog bleibt die wichtigste Lebensader der Menschheit inmitten moderner Konflikte, die durch Desinformation und die Verbreitung von Waffen durch mehrere Akteure kompliziert werden.

Die heutigen nuklearen Bedrohungen sind nicht mehr nur theoretischer Natur, sondern manifestieren sich in realen öffentlichen Dynamiken. Nordkoreas ICBM-Tests stellen weiterhin eine ernsthafte Herausforderung für die regionale Stabilität dar. Die Urananreicherung im Iran unterstreicht einmal mehr die dringende Notwendigkeit eines erneuten Dialogs und robuster internationaler Sicherheitsvorkehrungen [3]. Parallel dazu greifen mehrere Atommächte in der öffentlichen Debatte zunehmend auf nukleare Rhetorik zurück und behandeln strategische Abschreckung nicht als letztes Mittel, sondern als routinemäßiges Instrument der Staatskunst. Dieser Wandel birgt die Gefahr, dass das nukleare Tabu ausgehöhlt wird, Massenvernichtung als politisches Instrument legitimiert wird und angehende Nuklearstaaten oder nichtstaatliche Akteure zur Nachahmung ermutigt werden.

Auch neue Technologien bringen neue Gefahren mit sich. Künstliche Intelligenz in nuklearen Kommandosystemen und die Gefahr von Cyberangriffen auf Frühwarninfrastrukturen erhöhen das Risiko von Fehleinschätzungen und Fehlalarmen – und untergraben damit die Logik der Abschreckung.

Der globale Rahmen für die nukleare Regierungsführung (Nuclear Governance), insbesondere der Atomwaffensperrvertrag und die IAEO-Sicherungsmaßnahmen, hat wesentlich zur Eindämmung und Verifizierung beigetragen. Dennoch bestehen weiterhin kritische Lücken. Die fortgesetzte Aufrechterhaltung umfangreicher Arsenale durch eine Handvoll Nationen unterstreicht nur die

Dringlichkeit einer Neubelebung der Verpflichtungen. In diesem Zusammenhang ermutigt die Universal Peace Federation die Atomwaffenstaaten, die Abrüstungsagenda einzuhalten.

Die weltweiten jährlichen Militärausgaben überstiegen 2 Billionen US-Dollar [4]. Diese Mittel könnten stattdessen zur Bekämpfung von Hunger, Klimawandel und Bildungsdefiziten eingesetzt werden. Die fortgesetzte Modernisierung von Atomwaffen lenkt wichtige Gelder von der globalen Entwicklungsagenda ab und untergräbt die kollektive Sicherheit der Menschheit.

Der Vertrag von Bangkok (1995), mit dem die atomwaffenfreie Zone Südostasiens geschaffen wurde, bietet ein praktikables Modell für Nordostasien, um die Spannungen zwischen den ASEAN-Staaten abzubauen [5]. Solche regionalen Abkommen können, ergänzt durch informelle "Track-Two"-Diplomatie zwischen Wissenschaftlern, NGOs und ehemaligen Beamten, Vertrauen fördern und Risiken verringern.

Das Beispiel Südafrikas – das einzige Land, das freiwillig ein Atomwaffenarsenal entwickelt und dann vollständig abgebaut hat – zeigt, dass moralische Führungsstärke und nationale Sicherheit miteinander vereinbar sind. In ähnlicher Weise erbte Kasachstan nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das viertgrößte Atomwaffenarsenal der Welt. Durch die Entscheidung, vollständig darauf zu verzichten, wurde es zu einem lautstarken Verfechter der Nichtverbreitung [6].

Fortschritt muss aus einem erneuerten Multilateralismus, pragmatischer Diplomatie und dem Prinzip des Lebens für andere hervorgehen. Wie Dr. Hak Ja Han lehrt: "Frieden beginnt im Herzen, muss sich aber durch prinzipielles Handeln über Grenzen hinweg manifestieren." Dieses Prinzip bleibt ein Kompass für alle, die Versöhnung statt Vergeltung anstreben.

Durch ihre Nordostasien-Friedensinitiative (NEAPI) setzt sich die UPF seit langem für pragmatische Friedensbildung und das Prinzip der Brüderlichkeit der Nationen ein [7]. Gemeinsame kulturelle Initiativen wie die olympische Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südkorea im Jahr 2018 dienen als Blaupause für ein nachhaltiges Engagement. Diese Errungenschaften sind jedoch fragil und müssen durch diplomatische und humanitäre Kontinuität gestärkt werden.

Friedenserziehung bleibt dabei von zentraler Bedeutung. Die Befähigung junger Menschen mit den Fähigkeiten, der Ethik und dem interkulturellen Verständnis, um eine auf Angst basierende Politik abzulehnen, ist unerlässlich, um das nukleare Paradigma für zukünftige Generationen zu verändern.

Auf moralischer Ebene spielen religiöse Organisationen eine unverzichtbare Rolle. Im März 2025, während der TPNW-Regierungskonferenz, gaben mehr als 100 religiöse Gruppen, darunter der Ökumenische Rat der Kirchen, eine gemeinsame interreligiöse Erklärung während der Konferenz zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) ab, in der sie die moralische Verpflichtung zur Abschaffung von Kernwaffen als unvereinbar mit der Heiligkeit der Schöpfung und der Menschenwürde bekräftigten. Die Universal Peace Federation schließt sich dieser Stimme des Gewissens an. Wie Dr. Sun Myung Moon betonte, entsteht Frieden nicht durch Dominanz, sondern durch Verständnis, Entgegenkommen, Aufopferung für die andere Seite.

Wir fordern daher entschlossenes Handeln: Alle Atomwaffenstaaten, insbesondere die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, sollten provokative Rhetorik unterlassen und sich erneut zu einer auf Dialog basierenden Abschreckungspolitik bekennen, die auf Transparenz und Vertrauen beruht.

Lassen Sie uns gemeinsam für eine Zukunft eintreten, die auf Empathie, Inklusion und gemeinsamer Verantwortung basiert. Atomwaffen schützen unsere Menschlichkeit nicht. Sie bedrohen sie. Nur wenn wir über Nationen und Glaubensrichtungen hinweg zusammenstehen, können wir die Logik der Angst entschärfen und durch die Kraft der Zusammenarbeit ersetzen. Wie die Geschichte zeigt, ist Abrüstung nicht nur möglich. Sie ist eine Entscheidung, die Führungskräfte heute treffen können, um eine sicherere Zukunft zu schaffen. Bürger, Pädagogen, Glaubensführer und die Zivilgesellschaft müssen sich alle zu Verfechtern des Friedens machen. Die Verpflichtung, das Atomzeitalter zu beenden, liegt bei jedem von uns.

Erklärung der UPF im Rahmen der 100-Tage-Kampagne für den Frieden, August 2025

- https://press.un.org/en/2024/sgsm22261.doc.htm
- [2] https://www.britannica.com/event/Cuban-missile-crisis
- [3] https://www.iaea.org/sites/default/files/gc/gc68-15.pdf
- [4] https://www.sipri.org/media/press-release/2025/unprecedented-rise-global-military-expenditure-european-and-middle-east-spending-surges
- https://asean.org/wp-content/uploads/2022/12/Plan-of-Action-to-Strengthen-the-Implementation-of-the-Treaty-on-the-Southeast-Asia-Nuclear-Weapon-Free-Zone-2023-2027.pdf
- https://www.gov.kz/memleket/entities/mfa-amman/press/article/details/59812?lang=en
- [7] https://archive.upf.org/neapi